

## SYSTEMRELEVANT 2

**In Folge zwei unseres Podcasts erklärt Sebastian Dullien, wie der Staat die enormen Summen für die Hilfsprogramme finanzieren kann und warum die Debatte um einen "Lastenausgleich" in die Irre führt.**

**Marco Herack:**

Heute ist Mittwoch, der 6. April 2020. Willkommen zur zweiten Ausgabe von Systemrelevant. Im Intro bereits angekündigt Sebastian Dullien, ich grüße dich.

**Sebastian Dullien:**

Hallo.

**Marco Herack:**

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute mit der Finanzierbarkeit der wirtschaftlichen Krisenmaßnahmen beschäftigen. Die Finanzierungsvolumina steigen. Das Geld sprudelt an allen nur erdenklichen Orten vom Staat an die Bürger und die Unternehmen und Kleinunternehmer. Da kann einem schon ganz schwindelig werden. Es verwundert vermutlich niemanden, dass nun auch die Frage auftaucht: Schaffen wir das? Also können wir uns das leisten? Und wenn wir uns das leisten können, wer bezahlt das eigentlich? Und Sebastian, bevor wir in die Tiefe gehen, vielleicht die kurze Frage, über welche Summen sprechen wir momentan eigentlich, die der Staat in die Hand nimmt? Also wie hoch ist der Einsatz

**Sebastian Dullien:**

Ja, es ist nicht ganz klar, wie hoch die Summen sind, die der Staat jetzt hier in die Hand nimmt, zumal das ja unterschiedliche Kategorien sind. Wir haben einmal Ausgaben, also die Zuschüsse an die Soloselbständigen. Die bekommt der Staat so nicht zurück. Und dann haben wir so Dinge wie Garantien für Kredite, die Banken vergeben. Dann haben wir so Dinge wie möglicherweise Eigenkapitalbeteiligung an Unternehmen. Und das sind ja Sachen, die nicht notwendigerweise weg sind, sondern, wenn der Staat jetzt Überbrückungskredite gibt, dann hofft er ja, dass das Geld zurückgezahlt wird. Und wenn er sich jetzt zum Beispiel an einer Fluglinie beteiligt, dann ist auch eine gute Chance da, dass wenn die Corona-Krise irgendwann vorbei ist, diese Fluglinie weiterfliegt und dann Gewinne einfliegt und man vielleicht auch die Fluglinie wieder an der Börse verkaufen kann.

**Marco Herack:**

Und natürlich brechen ja auch die Steuereinnahmen weg.

**Sebastian Dullien:**

Klar, die Steuereinnahmen brechen auch weg. Und das ist auch erst mal etwas, was nicht mehr da ist, also wo der Staat quasi die Löcher mit was anderem füllen muss.

**Marco Herack:**

Das heißt, das Geld kriegt er eigentlich dann erst dadurch wieder, in dieser Logik, indem er das Wirtschaftssystem aufrecht erhält und es dann möglichst schnell wieder starten kann und möglichst wenig Wertverlust erfolgt?

**Sebastian Dullien:**

Ja, genau. Also die Hoffnung ist ja natürlich, dass jetzt die Kernschmelze der Wirtschaft quasi verhindert wird. Und dass es so ein, ja, zwar einen Einbruch gibt, dass der aber beschränkt ist und dass danach die Wirtschaft wieder wächst und dass dann durch die neuen Steuereinnahmen eben der Staat wieder Geld einsammeln kann und dass er dann vielleicht auch die Unternehmen, an denen er sich beteiligt hat, wieder verkaufen kann. Und dass da am Ende deshalb dieser Schaden dann auch relativ gering bleibt. Um auf deine Frage zurückzukommen, wir haben schon so gewisse Anhaltspunkte, wie viel Geld jetzt für welche der Töpfe in die Hand genommen wird. Also wir wissen, dass der Bund einen Nachtragshaushalt von 156 Milliarden Euro verabschiedet hat. Und das ist üblicherweise schon Geld, was dann, oder wo geplant wird, dass es ausgegeben wird. In diesem Nachtragshaushalt ist noch nicht genau festgelegt, wofür jetzt jeder einzelne Euro ausgegeben wird, aber das ist so eine Größenordnung, die jetzt die Bundesregierung ausgeben kann. Und darüber hinaus hat sie ja diesen Wirtschaftsstabilisierungsfonds eingerichtet, der auch Garantien ausgeben kann. Da sind 100 Milliarden Eigenkapital geplant oder Eigenkapitalbeteiligung und 400 Milliarden an Garantien. Und darüber hinaus haben wir noch die KfW-Programme. Also die KfW ist ja auch unsere staatliche Entwicklungsbank sozusagen. Und da hat der Bund auch Garantien übernommen oder Bürgschaften übernommen für diese KfW-Kredite. Und das heißt, wenn die ausfallen, dann fällt das auch auf den Bund zurück. Und da geht's auch noch mal um, das ist, glaub ich, nicht begrenzt, ein paar hundert Milliarden am Ende.

**Marco Herack:**

Von denen aber vermutlich nicht alle ausfallen werden, sondern da wird es einen gewissen Überlebensprozentsatz geben.

**Sebastian Dullien:**

Ja, es ist ein bisschen selbsterfüllend. Wenn jetzt genug gemacht wird, um die Kernschmelze zu verhindern, dann kommt mehr zurück. Und wenn man jetzt irgendwie zwischendurch kalte Füße bekommt und dann vielleicht den Geldhahn zudreht, dann ist die Chance größer, dass auch von den Sachen, die man vorher angestoßen hat, weniger wieder zurückkommt.

**Marco Herack:**

Okay. Das heißt, das ist dann auch die Begründung für die Kraft, die in diesen Maßnahmen steckt und die man da jetzt sofort reingeballert hat. Heißt dann aber auch, wir müssen das, wenn das jetzt etwas länger dauern sollte als April, müssen wir vielleicht dann doch auch mehr in die Hand nehmen.

**Sebastian Dullien:**

Also ich gehe ganz stark davon aus, dass wir jetzt noch nicht am Ende dessen sind, was da ausgegeben werden muss. Wir haben jetzt stabilisiert. Aber im Grunde müssen wir möglicherweise hinterher die Wirtschaft auch wieder in Fahrt bringen

und da braucht man wahrscheinlich noch mal ein Konjunkturprogramm irgendwann. Und das ist noch nicht vollständig in diesen Zahlen drin.

**Marco Herack:**

Ah, okay. Also du meinst, selbst, wenn es jetzt in einer gewissen Geschwindigkeit oder Schnelligkeit ein Ende findet, müssen wir dann noch mal zusätzlich Geld aufnehmen?

**Sebastian Dullien:**

Ja, also wir sagen immer, es sind drei Dinge, die man hier tun muss. Also ich muss zuerst verhindern, dass die Unternehmen pleitegehen, weil wenn sie pleitegehen, dann sind erst mal Strukturen kaputt und Menschen werden arbeitslos. Als zweites muss ich so die Erwartung für die Zukunft stabilisieren bei den Unternehmen. Damit sie eben damit rechnen, dass dann der Absatz sich auch wieder erholt. Und drittens, auf dem Weg dahin gehen ja Einkommen verloren. Das heißt, da sind Menschen, die waren jetzt auf Kurzarbeit. Die haben dann irgendwie 40 Prozent ihres Einkommens eine zeitlang nicht bekommen. Und die werden sich danach mit größeren Käufen zurückhalten. Also die werden vielleicht den Kauf des neuen Autos aufschieben oder die werden einen Urlaub ausfallen lassen. Und das ist alles Nachfrage, die dann fehlt. Und um das auszugleichen, werden wir da wahrscheinlich noch mal ein Konjunkturpaket am Ende brauchen. Da kommt natürlich jetzt dazu, dass wir so Rückkopplungseffekte international haben. Also China läuft jetzt wieder langsam an. Da haben wir ganz gute Zahlen. Aber der chinesischen Wirtschaft wird es wahrscheinlich nicht gut gehen, wenn dann plötzlich die Amerikaner und die Europäer da nichts mehr bestellen. Dann ist so die Gefahr, dass da noch so eine Rückkopplung kommt. Und um das zu verhindern, brauchen wir eigentlich noch mal Konjunkturprogramme dann.

**Marco Herack:**

Also dazu muss man ja auch sagen, die Chinesen fangen jetzt gerade an mit ihren Konjunkturmaßnahmen. Wissen aber natürlich auch, dass sie in diese Phase hineinflaufen, wo sie zwar ihre Wirtschaft hochfahren, wo dann aber die Nachfrage aus dem Ausland natürlich auch ausbleibt. Und wir sehen auch leider in China schon, dass zwar die ersten Lockerungsmaßnahmen getroffen worden sind, aber die auch gerade schon wieder zurückgefahren werden. Also ich glaub, ich habe es letzte Woche schon gesagt, Kinos werden wieder dicht gemacht. Also da ist auch noch gar nicht so ganz klar, wie lang das am Ende dauern wird. Dann haben wir jetzt irgendwie so eine Diskussion bekommen, sie ist an mehreren Orten aufgeploppt, aber ich würde mal ein Beispiel rausgreifen, der Historiker Heinrich August Winkler hat im „Tagesspiegel“ einen, na ja, ich würde mal sagen, einen Meinungstext geschrieben. Und hat da auch nicht an Superlativen gespart, was so die Zukunft betrifft und auch die Finanzierung des Ganzen. Ich glaub, der Kern ist, dass es um Solidarität geht. Der Text ist da aber ein bisschen diffus. Und da heißt es zum Beispiel, die Dimensionen dieser Umverteilung werden die des historischen Lastenaus-

gleichs zugunsten der Heimatvertriebenen und Ausgebombten in der alten Bundesrepublik weit übertreffen. Und womöglich würden die Summen gar die Größe der Deutschen Einheit überschreiten, die wir jetzt in die Hand nehmen müssen. Ihm geht es da auch irgendwo darum, na ja, dass das Geld irgendwo herkommen muss. Aber er bleibt da so ein bisschen im Vagen. Sebastian, du hast dich ja letzte Woche schon ein bisschen skeptisch über den Begriff „Kriegsökonomie“ geäußert. Und irgendwie hatte ich so den Eindruck, ja, die historischen Vergleiche, ich glaube, man sucht jetzt irgendwie nach etwas, was man Greifen kann. Aber kann man das so vergleichen? Also ist die Vergangenheit da ein Leitfaden?

**Sebastian Dullien:**

Klar, man kann immer aus der Vergangenheit lernen. Aber ich glaube, jetzt den Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg ranzuziehen, das geht an der Dimension völlig vorbei. Also erst mal muss man sich mal angucken, was der Zweite Weltkrieg mit Deutschland gemacht hat damals. Da sind Millionen Menschen ums Leben gekommen, Millionen Arbeitskräfte ums Leben gekommen. Deutschland hat einen Großteil der Fläche verloren, nicht ein Großteil, aber doch einen sehr beträchtlichen Teil der Fläche verloren. Die Städte waren zerbombt, die Fabriken waren zerbombt. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren noch 40 oder 50 Millionen Einwohner in der Bundesrepublik. Da waren 8 Millionen Flüchtlinge, die aus anderen Gebieten kamen, die alles verloren hatten. Und dann hat man mit diesem Lastenausgleich eine Vermögensabgabe eingeführt, 50 Prozent des Vermögens. Das ist ziemlich viel. Das konnte über 30 Jahre bezahlt werden. Und hat damit eben quasi die Leute entschädigt, die zum Beispiel ihre Häuser in Ostpreußen verloren hatten. Das ist allein von der Dimension, was da passiert ist, das jetzt mit der Corona-Krise gleichzusetzen, halte ich für völlig unverhältnismäßig. Und auch, um noch mal über die Summen zu reden, ich meine, diese Milliardensummen sind ja etwas, wo viele Leute nicht so richtig was mit anfangen können.

Aber lass uns mal auf diesen Nachtragshaushalt eingehen. Diese 156 Milliarden, das ist schon ziemlich viel. Da sind die Ausgaben des Bundes jetzt um ungefähr ein Drittel erhöht worden, mal eben so, mit einem Nachtragshaushalt. Aber das ist durchaus finanzierbar. Das ist durch eine sehr einfache Kreditaufnahme sehr, sehr einfach zu finanzieren. 156 Milliarden, da musste, weil die Schuldenbremse sagt ja, ich darf in so Notlagen extra Kredite aufnehmen, jenseits dieser 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die ich sonst aufnehmen darf. Aber ich muss dann einen Tilgungsplan vorlegen. Und das hat der Gesetzgeber gemacht, das hat der Bundestag gemacht. Der hat gesagt, wir tilgen das über 20 Jahre. Das heißt aber jetzt bei den 156 Milliarden, im Moment zahlen wir keine Zinsen, und das kann man auch so finanzieren, dass quasi für die ganze Phase keine Zinsen bezahlt wird, das heißt, dass wir im Jahr 7,8 Milliarden Euro dann tilgen müssen über die nächsten Jahre. Das ist gar nicht so wahnsinnig viel. Nur mal so zum Vergleich, nachdem wir jetzt die Hälfte des Solidaritätszuschlags abschaffen, also wirklich nur noch die Reichsten 5 bis 10 Prozent überhaupt was davon zahlen, bringt der immer noch 11 Milliar-

den Euro pro Jahr. Das heißt, diese Zusatzbelastungen hier sind viel weniger als dieser Rest Solidaritätszuschlag, von dem einige Politiker immer schon gesagt haben, na ja, den kann man ja sowieso abschaffen und das braucht man nicht. Und das ist was ganz, ganz anderes. Ich meine, der Solidaritätszuschlag, selbst in der Form, als noch alle den gezahlt haben, das hat überhaupt nichts mit dem Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun.

**Marco Herack:**

Es gibt aber tatsächlich jetzt auch so eine politische Diskussion im Hintergrund, ich weiß jetzt nicht, wie fundiert die am Ende sein wird, aber es gibt ja durchaus diese Forderung nach einem Mittel des Vermögensausgleichs, im Sinne von Vermögensabgabe. Also wer viel Geld hat, wer viel Vermögen hat, der soll da was abdrücken und das soll dann nach unten umverteilt werden. Aber du meinst, das brauchen wir grundsätzlich erst mal nicht aus der jetzigen Situation heraus?

**Sebastian Dullien:**

Also ich glaub schon, dass das deutsche Steuersystem Vermögen zu wenig belastet im internationalen Vergleich. Das ist eine Sache, die ist lange klar. Und gleichzeitig haben wir eine ziemliche Vermögensungleichheit in Deutschland. Das ist auch der Grund, warum es eine Reihe von Vorschlägen und Konzepten gibt, wie man das ändern kann. Also der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte zum Beispiel ein Gesamtsteuerkonzept vorgelegt, wo auch eine Vermögenssteuer dabei war. Ob man jetzt eine Vermögenssteuer braucht oder ob man das über eine andere Erbschaftsteuer machen kann, sei jetzt dahingestellt. Das sind alles richtige und wichtige Punkte. Nur sie haben mit der Corona-Krise nichts zu tun. Unser Steuersystem hatte da möglicherweise ein Ungleichgewicht vor der Krise, und hat es auch noch nach der Krise, weil wir es nicht geändert haben, aber ich finde es so ein bisschen unlauter, jetzt die Corona-Krise heranzuziehen, um zu sagen, da brauchen wir jetzt diese Vermögensabgabe oder die Vermögenssteuer. Wir haben ja auch gesehen, Herr Söder hat jetzt auch gefordert, wir müssten den Soli gleich ganz abschaffen wegen der Krise, um die Wirtschaft zu stimulieren. Das hat er schon immer gewollt. Und er bringt es jetzt vor in der Krise. Das finde ich nicht wirklich seriös, das in der Form zu machen. Und darum würde ich auch sagen, wir können gerne über Vermögenssteuer in Deutschland sprechen, aber tut das bitte nicht im Zusammenhang mit dieser Krise. Zumal es da ja auch noch eine gewisse Gefahr gibt.

Wenn wir jetzt anfangen, darüber zu reden, wer wie viel bezahlen muss, dann sehe ich die Gefahr, dass dafür wichtige und notwendige Schritte möglicherweise unterlassen werden. Weil bei allem, was dann diskutiert wird, dann wird gleichzeitig gefragt, wer könnte denn betroffen werden hinterher durch die Lasten, durch die Finanzierungslasten. Und das ist brandgefährlich. Denn wenn wir jetzt vernachlässigen oder wenn wir jetzt nicht das tun, was wirklich notwendig ist, dann ist die Gefahr viel größer, dass die Wirtschaft in so eine Abwärtsspirale abschmiert und dann werden die Kosten am Ende viel, viel höher.

**Marco Herack:**

Aber irgendwie muss es ja finanziert werden. Wir haben ja grad eben festgehalten, auf der einen Seite wird Geld ausgeben, auf der anderen Seite gibt's weniger Einnahmen. Dann hat man zwar diesen Effekt, dass das vielleicht hinten raus, wenn es gut läuft, dann auch wieder positive Effekte hat. Aber so ewig kann man das ja nicht machen. Also für mich als normalen Menschen ist das ja erst mal keine greifbare Summe. Ich sehe da mein Gehalt. Und dann guck ich da auf diese Zahlen und denke mir, na ja, was zur Hölle, was soll ich damit. Da, glaube ich, könnte man schon sagen, dass ein gewisses Gerechtigkeitsempfinden bedient werden muss.

**Sebastian Dullien:**

Das ist ja jetzt nicht so, dass, wenn diese etwas mehr als 150 Milliarden geliehen werden, dass Marco Herack die dann zurückzahlen müsste. Sondern da erhöht sich der Schuldenstand und die Bundesrepublik ist zur Zeit in der sehr günstigen Situation, dass sie bis auf 30-jährige Anleihen praktisch keine Zinsen zahlt. Und für kürzer laufende Anleihen sogar Geld zurückbekommt, also negative Zinsen bezahlt. Das bedeutet wiederum, wenn man jetzt Schulden aufnimmt, zahlt man am Ende gar nicht so viel zurück, real, inflationsbereinigt so viel zurück, wie man ursprünglich aufgenommen hat. Das heißt, die Last ist durch eine Schuldenaufnahme eigentlich kleiner, als wenn man es direkt bezahlen würden. Als ich ein Kind war, da waren die Zinsen wesentlich höher. Da haben meine Eltern immer gesagt, wenn man jetzt ein Haus kauft auf Kredit, dann zahlt man das mehrfach an die Bank zurück. Heute ist das so, dass, wenn ich ein Kredit aufnehme, dadurch, dass der Investor am Ende nur genau das zurückhaben will und gleichzeitig das Geld über die Zeit weniger wert wird, dass der Investor im Grunde einen ganz schönen Teil dieser Last schultert. Und über 30 Jahre ist das durchaus ungefähr ein Drittel. Das heißt, man muss ohnehin nur zwei Drittel zurückzahlen. Und wie das dann passiert, das muss man Rahmen einer Diskussion übers Steuersystem diskutieren. Aber da ist ohnehin nicht gesagt, dass das nur die kleinen Leute zurückzahlen.

**Marco Herack:**

Jetzt fragt man sich natürlich, warum sollte denn ein Investor dann dem Staat noch Geld geben?

**Sebastian Dullien:**

Ja, das tun sie jetzt, weil die anderen Anlagen offensichtlich aus Sicht der Investoren noch weniger sicher sind. Also ist ja einfach das, was wir beobachten seit einiger Zeit, dass eben die Investoren bereit sind, tatsächlich weniger Geld zurückzubekommen, als sie heute dem Bund leihen. Und selbst die Ankündigung dieser doch relativ großen Pakete, hat daran bislang noch nicht viel geändert.

**Marco Herack:**

Zur Not hätte, und ich glaube, das wird ja in diesen ganzen Diskussionen auch im-



mer so ein bisschen rausgelassen, weil es auch so ein sehr unliebsames Thema ist, wenn es hart auf hart käme, hätte man ja auch noch die Notenbank.

**Sebastian Dullien:**

Klar, man könnte natürlich auch drüber nachdenken, hinterher Geld zu drucken und das Geld zu entwerten oder Geld zu drucken und damit die Schulden zurückzuzahlen. Andererseits, so lange der Zins bei null ist, ist jede Schullast tragbar, weil ich zahle ja keine Zinsen. Und ich kann es jederzeit einfach überrollen. Das heißt, ich leihe mir einfach neues Geld, um das alte zurückzuzahlen. Und so lang das die Investoren mitmachen, ist das kein Problem. Hier muss man auch sagen, dass es ja unter Ökonomen schon seit einiger Zeit die Diskussion gibt, ob das länger so bleibt. Und es gibt da sehr gute Argumente, die sagen, wir haben eben jetzt strukturell niedrige Zinsen, die möglicherweise für ein Land wie Deutschland nahe oder bei null sind. Und dann kann ich mir das eben erlauben. Zumal Deutschland einen relativ niedrigen Schuldenstand zurzeit hat.

**Marco Herack:**

Was heißt denn „strukturell niedrige Zinsen“?

**Sebastian Dullien:**

Dass die Zinsen eben auf Dauer nicht deutlich über die Nulllinie steigen werden. Das ist natürlich was ganz anderes, als die Welt, die wir so kennen. Aber der Punkt oder das Argument, was da einige Ökonomen machen, ist zu sagen, wir haben halt eine Welt, wo die Leute länger leben, wo zum Teil die Rentensysteme, die staatlichen Rentensysteme das nicht abdecken. Und das heißt, die Menschen wollen einfach mehr sparen in der Zeit, wo sie erwerbstätig sind. Und sind auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten. Und gleichzeitig ist es begrenzt, was die Unternehmen an Kapital aufnehmen wollen, um zu investieren, weil wir in Zeiten der Digitalisierung vielleicht auch einfach weniger Kapital brauchen als früher. Also früher musste man große Fabriken, Schwerindustrie bauen, das hat sehr, sehr viel Kapital gebunden. Und heute ist das viel agiler und man braucht vielleicht ein paar Server und ein paar Computer, aber das ist einfach viel, viel weniger. Und diese Kombination aus sehr viel Ersparnis und weniger Nachfrage, die führt dann möglicherweise dazu, dass die Zinsen dauerhaft sehr niedrig bleiben. Und das verändert dann natürlich das Kalkül, was man so als Staat machen kann und machen sollte.

**Marco Herack:**

Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland ein, mancher nennt es, Fetisch, zumindest bei der CDU, ganz offen, aber auch unter SPD-Finanzminister, haben wir eine sehr rigide, na ja, Ausgabenpolitik geführt, im Sinne von, wir wollen als Staat eine sogenannte schwarze Null haben. Das heißt, wir möchten nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Ich habe jetzt selber ein Interview mit Wolfgang Schmidt vom Bundesministerium der Finanzen geführt, und in dem hat er durchblicken lassen, dass er jetzt so auch im Nachgang zu diesen ganzen Debatten, viele Ökono-

men haben das kritisiert, sagt, na ja, man sieht ja jetzt, dadurch, dass wir immer diszipliniert uns im Haushalt verhalten haben, haben wir nun auch die Rücklagen, um diese Krise bewältigen zu können und das Geld zur Verfügung zu stellen. Würdest du dem zustimmen?

**Sebastian Dullien:**

Da gibt es tatsächlich Leute, die sagen, jetzt seht ihr, wie super das war, dass wir die schwarze Null immer eingehalten haben. Und dass wir nicht drauf gehört haben, was einige gefordert haben, wir ja auch, mehr Kredite aufzunehmen für mehr Investitionen, um das Wachstum anzukurbeln. Auf den ersten Blick scheint das plausibel. Ich halte es aber nicht für ein wirklich vollständiges Argument. Weil wenn man sich anguckt, wodurch über die letzten Jahre, über die letzten zehn Jahre der Schuldenstand wieder gefallen ist in Deutschland, dann war das nicht so viel die Politik, die Schulden zurückgezahlt hat, weil die schwarze Null bedeutet ja nicht nur, dass ich die Schuldenbremse einhalte, sondern dass ich darüber hinaus noch jedes Jahr einen kleinen Überschuss mache, um die Schulden zurückzuzahlen. Und diese Rückzahlung hat eine wirklich untergeordnete Rolle für die Schuldendynamik gezahlt ... äh gespielt. Das wirklich Wichtige der letzten Jahre ist das gute Wachstum gewesen. Weil das gute Wachstum eben die Wirtschaftsleistung erhöht hat und wir messen ja immer Schuldenlast als Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt. Das heißt, Schulden sind im Zähler, Bruttoinlandsprodukt ist im Nenner. Und wie wir aus der Mathematik wissen, wenn der Nenner sehr stark wächst, und das ist in den letzten Jahren passiert, dann sinkt eben das Ergebnis. Und so haben wir den Schuldenstand runtergebracht. Und da hat die schwarze Null sehr wenig zu beigetragen. Man könnte sogar argumentieren, und das ist ja immer was, was auch zum Beispiel Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft oder Tom Krebs mit mir zusammen gefordert haben, zu sagen, Investitionen fördern das Wachstum. Und eigentlich sind die Investitionen, die bringen sogar mehr ein, als was man an Schuldendienst zahlen muss. Und das heißt, wenn ich solche Investitionen mache, auch mit Schuldenfinanzierung, dann habe ich am Ende noch mehr Wirtschaftswachstum. Und hätte den Schuldenstand sogar vielleicht noch stärker runtergebracht. Von daher, diese Politik jetzt so hochzuhalten, das halte ich für eine nachträgliche Verklärung von etwas, was wirklich ökonomisch keine richtige Rechtfertigung hat.

**Marco Herack:**

Ich würde das mal so stehen lassen an der Stelle. Und das, um die Frage zu ergänzen, wir haben diese schwarze Null ja auch dadurch erreicht, hast du ja grad eben gesagt, dadurch, dass wir Investitionen nicht getätigt haben. Diese nicht getätigten Investitionen haben ja nicht nur dazu geführt, dass Dinge nicht gebaut worden sind, sondern auch, dass Dinge nicht saniert worden sind. Also zum Beispiel Straßen, da gibt's die berühmten Bröselbrücken und alles so einen Kram. Das heißt, wir haben dadurch ja auch eigentlich einen Investitionsstau in Deutschland geschaffen.



**Sebastian Dullien:**

Ja, klar.

**Marco Herack:**

In der Logik des Finanzministeriums könnte man jetzt sagen, ja, das sind alles Sachen, die regeln wir jetzt nach der Krise, dann haben wir gleich unser nächstes Konjunkturprogramm.

**Sebastian Dullien:**

Ja, das könnte man natürlich so argumentieren. Zurzeit haben wir mit, und ich fände das auch richtig und gut, wenn man jetzt Investitionen anstoßen und planen würde. Nur möglicherweise sind das gar nicht die Bereiche, die ich jetzt stützen müsste in einem Konjunkturprogramm. Bislang läuft die Bauindustrie ja noch relativ gut. Oder zumindest die Nachfrage der Bauindustrie ist noch relativ gut. Die Bauindustrie hat zurzeit eher das Problem, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Nachbarländern nicht kommen können. Da fehlen Fachkräfte auf den Baustellen, weil da Grenzen zu sind oder es Regeln gibt, dass irgendjemand nach einer Grenzüberquerung zwei Wochen in Quarantäne muss. Und darum kommen halt jetzt ganz viele Leute nicht. Das ist zurzeit das Problem. Möglicherweise ändert sich das noch. Aber jetzt darauf zu setzen, dass man einfach jetzt alles repariert, wäre gut, wenn man es anstößt, aber ich bin trotzdem nicht ganz sicher, ob das wirklich eine zielführende Strategie war oder ist. Zumal wir ja auch bestimmte Infrastrukturen haben, deren Vernachlässigung uns jetzt auf die Füße fällt. Die Tatsache, dass es schon Bereiche gibt, wo wir kein flächendeckendes Breitbandnetz haben, bedeutet, dass da Menschen nicht besonders gut im Homeoffice arbeiten können. Und das ist jetzt verloren Produktivität in der Krise. Das hätte man ganz anders angehen können vorher. Oder wenn ich von der Digitalisierung in der Schule spreche, also eins der Dinge, die wir ja auch immer gefordert haben, ist, Schulen stärker zu digitalisieren. Und jetzt fällt natürlich auf die Füße, dass es da Schulen gibt, die keinen E-Learning-Server aufgesetzt haben, für die das sehr, sehr schwierig ist, jetzt Sachen online zu stellen. Wo auch, ja, vielleicht auch gerade Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Hintergründen keinen Computer zu Hause haben oder keinen Zugang haben, und auch die Lehrerinnen und Lehrer gar nicht ausgebildet sind. Und das sind alles Sachen, das hätte man machen können, dafür hätte man früher Geld in die Hand nehmen müssen. Hat man nicht wegen des Fetisches der schwarzen Null. Und das kommt jetzt mit Kosten.

**Marco Herack:**

Ich glaube, rein ökonomisch betrachtet sind ja Investitionen in Bildung so mit das, ja, Einträglichste, was man machen kann, oder?

**Sebastian Dullien:**

Ja, ja, da gibt's halt Schätzungen, dass wirklich 8 bis 10 Prozent fiskalische Rendite auf solche Ausgaben, werden da oft vorgerechnet. Das heißt, der Staat würde über

die Laufzeit oder den Nutzen dieser Bildungsinvestition, also quasi über die Laufzeit der Person, in die da investiert worden ist, 8 bis 10 Prozent Rendite über höhere Steuereinnahmen einnehmen, während die Finanzierung zurzeit, wie gesagt, 0 Prozent kostet. Das ist natürlich schon, wenn man das unterlässt, das trägt nicht unbedingt zur Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit bei.

**Marco Herack:**

Jetzt hast du ja schon zwei Felder genannt, wo der Staat hin investieren sollte. Was würde dir denn da noch vorschweben?

**Sebastian Dullien:**

Also wir brauchen ganz viele Investitionen auch in Transformation. Also das ist auch sehr wichtig, wenn wir jetzt demnächst über ein Konjunkturprogramm mehr im Detail sprechen, das eben auch transformativ sein soll. Also es reicht einfach nicht mehr, jetzt bestehende Anlagen, also eine alte Ölheizung, durch eine neue Ölheizung zu ersetzen, sondern wir müssen eben gucken, wie können wir die Ausgaben dann nutzen, um uns auch auf die Klimawende vorzubereiten. Und da gibt es ganz viele Dinge. Man müsste investieren in bestimmte Netze, also nicht nur Stromnetze, sondern auch Wasserstoffnetze. Man kann überlegen, wie man noch stärker auch in die Produktion von erneuerbaren Energien investiert. Da ist ja zuletzt grad mit der Windenergie einiges schief gelaufen. Man könnte auch überlegen, ob man stärker noch in Infrastruktur, öffentlicher Personennahverkehr, Bahnverkehr und solche Sachen geht. Also im Grunde, was man jetzt schon machen könnte, ist, das Investitionsprogramm, was wir auch lange gefordert haben, zusammen mit Institut der deutschen Wirtschaft von rund 460 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre, dass man das jetzt ankündigt und durchaus auch schon Ausschreibungen startet und guckt, dass man damit die Auftragsbücher der Unternehmen auffüllen kann. Jetzt ganz konkret beim öffentlichen Personennahverkehr wäre es sinnvoll, jetzt in Elektrobusse zum Beispiel zu gehen und zu sagen, wir legen da ein Programm auf, es gibt da Hersteller in Deutschland, die das anbieten, die hätten dann volle Auftragsbücher und würden wahrscheinlich auch Maschinen in die Richtung kaufen. Und all das könnten gute Schritte sein.

**Marco Herack:**

Damit würde man ja dann auch wiederum den Banken erleichtern, den Unternehmen, die ja vielleicht momentan noch ein bisschen angeschlagen sind, auch diese Kredite zur Verfügung zu stellen, um dann diese Maßnahmen recht schnell umsetzen zu können, sobald das möglich ist.

**Sebastian Dullien:**

Klar. Ich meine, das ist ja zurzeit eins der Probleme, wir lesen davon, dass die Banken, die Hausbanken, nicht unbedingt die Kredite austeilen in dem Umfang, wie sich das die Regierung gerne wünschte. Und das liegt zum Teil daran, dass da einfach Unternehmen sind, deren Zukunft sehr, sehr ungewiss ist. Und die einfach zurzeit

vielleicht auch nicht ausreichend Aufträge haben. Und aus Sicht der Banken ist es völlig richtig, da vorsichtig zu sein. Und das ist übrigens auch, was ja auch die Aufsichtsbehörden von den Banken in den letzten Jahren gefordert haben, dass, wenn es da wackelig ist, dass sie vielleicht ein bisschen vorsichtiger sind, um eben so eine Bankenkrise zu verhindern. Und wenn man es jetzt schafft, diese Unternehmen durch neue Aufträge zu stützen, dann hilft es auch den Banken, erstens, da Kredite zu geben, aber auch Verluste zu vermeiden und somit die Wahrscheinlichkeit zu senken, dass wir auch noch Probleme im Bankensektor oben drauf bekommen.

**Marco Herack:**

Wenn wir über so Programme sprechen, die ja notwendig sind, die auch in die Zukunft unseres Landes investieren, ist dann nicht auch immer das Problem, wie jetzt auch zum Beispiel bei den Rettungsmaßnahmen, dass man ... kann man das überhaupt vermeiden, dass jemand da dann wieder so gewisse Mitnahmeeffekte für sich entdeckt und, na ja, uns vielleicht über den Tisch zieht und von den ganzen Investitionen, die dann gemacht werden, verschwinden dann halt mal wieder 20, 30 Prozent in irgendwelche schwarzen Löcher.

**Sebastian Dullien:**

Also ich glaub, bei den Investitionen kann man diese Mitnahmeeffekte relativ gut kontrollieren. Da haben wir auch Erfahrung mit. Grad, wenn man das ein bisschen mit Vorlauf plant. Wo das zurzeit sehr viel schwieriger ist, sind all diese Hilfsprogramme. Denn da geht's jetzt wahnsinnig schnell. Da werden zum Beispiel bei den ganzen Kurzarbeitsanträgen, da werden Überstunden in den Behörden gefahren, da werden die Unterlagen natürlich nicht mehr so genau geprüft, da wird auch am Samstag gearbeitet, was sonst da nicht üblich ist. Da wird Schichtbetrieb gemacht. Und da ist schon die Gefahr, dass Unternehmen einfach, denen es auch gut geht, das im Grunde mitnehmen. Zum Beispiel gibt's so Fälle, wo erzählt wird, dass der Träger von einer Kita, die Kita bekommt das Geld vom Land für die Betreuung der Kinder, und die Kinder sind jetzt im Moment nicht in der Kita, dass dann eine Kita anfängt, und die eigenen Beschäftigten in Kurzarbeit schickt. Dann kassiert ... also dann muss der Betreiber nichts mehr bezahlen, aber er kassiert natürlich die vollen Einnahmen. Und das geht alles zulasten der Beschäftigten. Oder dass den Beschäftigten irgendwelche komischen Änderungsverträge vorgelegt werden und dann gehofft wird, dass die mal schnell das unterschreiben und freiwillig in unbezahlten Urlaub gehen in dieser Zeit. Das ist natürlich echt eine Sauerei. Einerseits, weil es sozial ungerecht ist. Es geht auf Kosten der Schwächsten und Ärmsten. Und zweitens, konterkariert es ja die Intention. Also hier wird ja probiert, die Wirtschaft zu stützen und dann machen Unternehmen das in dem Sinne kaputt, weil die Kaufkraft dann natürlich bei den Beschäftigten fehlt. Und da muss man eben gucken, wie man da tatsächlich durchgreift. Zum Teil sind diese Sachen einfach klar illegal. Auch hinterher muss das dann verfolgt werden. Also ein Betrieb darf eigentlich nicht ohne wirtschaftliche Notlage die Beschäftigten in Kurzarbeit schicken. Aber solche Beispiele gibt's relativ viel. Es gibt ein anderes Beispiel, ein Problem, dass Unterneh-

men jetzt noch munter Dividenden ausschütten. Und sich dann eine Liquiditätshilfe, eine günstige Liquiditätshilfe vom Staat holen. Auch das geht aus meiner Sicht eigentlich nicht. Da, finde ich, ist auch die Politik gefragt, dass die jetzt ein ganz klares Signal setzen. Und da könnte man zum Beispiel sagen, Freunde, also wer jetzt noch eine Dividendenausschüttung beschließt, also welche Hauptversammlung das noch tut, das Unternehmen kriegt dann eben danach keine Staatshilfen oder wenn es irgendwelche Hilfsprogramme in Anspruch nimmt, dann zu deutlich schlechteren Konditionen, als die Unternehmen, die die Dividenden in der Firma gelassen haben. Das müsste man aber dann jetzt auch kommunizieren. Und ich glaub halt, dass die Bevölkerung schon sehr, sehr viel Verständnis dafür hätte, wenn man da auch klare Kante zeigt.

**Marco Herack:**

Ja, klar. Also ist, glaub ich, sehr schwer zu vermitteln. Man sieht das ja auch an den Reaktionen in der Finanzkrise, die ja teilweise heute noch durch das Meinungsfeld wabern, dass da ein ziemlich großes Ungerechtigkeitsempfinden schon vorhanden ist, wenn jemand Dividenden zahlt, dann Staatshilfe und dann am besten noch fette Boni oben drauf. Da ist dann die Geduld auch irgendwo zu Ende. Das heißt aber, wenn ich dich jetzt richtig verstehe, du bist schon auch der Meinung, dass man dann hintendran noch mal nachguckt, ob die Maßnahmen dann auch alle gerechtfertigt waren?

**Sebastian Dullien:**

Ja, also klar. Es gibt ja Regeln. Und bei der Kurzarbeit ist die Regel relativ klar mit der wirtschaftlichen Notlage. Und da würde ich das auch dann hinterher, wenn man feststellt, dass da Unternehmen quasi betrügerisch gehandelt haben, da würde ich das mit aller Härte des Gesetzes auch verfolgen am Ende. Weil hier geht's ja nicht um Unternehmen, die wirklich in einer Notlage sind und Beschäftigung abbauen würden. Also die Kitas, die jetzt zu sind, wenn sie das Geld vom Staat weiter kriegen, die würden ja nie jetzt die Erzieher alle kündigen. Weil dann könnten sie ja in ein paar Wochen nicht wieder aufmachen. Das wäre wirklich ein reiner Mitnahmeeffekt auf Kosten der Beschäftigten und das geht überhaupt nicht. Etwas anders ist das bei diesen Hilfsprogrammen, wenn man da jetzt die Regeln vorlegt und sagt, ihr kriegt den und den Kredit. Und vorher nicht gesagt hat, dass das nicht geht, wenn man Dividenden ausschüttet, dann ist es natürlich schwierig, das nachträglich zu machen. Darum wäre da jetzt einfach ein sehr klares Wort vom Finanzminister oder von der Kanzlerin oder dem Wirtschaftsminister aus meiner Sicht gefragt. Denn wir haben ja jetzt die Hauptversammlungssaison, wo eben über Dividendenausschüttung beschlossen wird. Und da sollte man wirklich jetzt schnell auf die Bremse treten. Übrigens hat auch die Europäische Zentralbank ja jetzt die Banken angewiesen, nicht so Dividenden auszuschütten, wie sie das üblicherweise tun, weil sie eben möglicherweise diese Mittel noch brauchen, um dann Verluste aufzufangen.

**Marco Herack:**

Das habe ich sehr genau beobachtet und dabei festgestellt, es gab dann sofort eine österreichische Bank, die noch taggleich, als das Ding kam, an dem gleichen Abend, gesagt hat, man muss dazu sagen, die EZB hatte da gesagt, also bitte irgendwie erst mal bis Oktober warten und so weiter, und diese Bank hat dann sofort gesagt, ja, also wir machen unsere Hauptversammlung dann im Oktober. Und planen dann, unsere Dividenden auszuschütten. Also die haben das dann einfach so weit nach hinten rausgeschoben. Andere Banken, muss man fairerweise sagen, haben dann sofort gesagt, ja, okay, wir machen das so. Und wir wollen auch gar keine Dividende. Und wenn, dann erst nächstes Jahr. Also das ist ein sehr gemischtes Feld, wo man dann auch immer auf das Einzelunternehmen sicherlich achten muss. Also es sind nicht alle, die da zu geldgierig sind. Gut, Sebastian, wir haben, sollten wir am Ende noch verkünden, eine E-Mail-Adresse für diesen Podcast eingerichtet. Nämlich [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Böckler mit OE. Und da kann man Fragen, Anregungen, Lob und Kritik hinschicken. Das wird dann ausgewertet und, ja, Fragen werden uns hier auch mal vorgelegt, sodass wir sie dann auch in dem Podcast mal behandeln können.

**Sebastian Dullien:**

Wäre klasse, wenn wir da Zuschriften bekommen. Auch gerne Anregungen, welche Themen mal hier behandelt werden sollen. Fragen, Anekdoten, all das hilft uns, hier unsere Corona-Krise besser zu analysieren.

**Marco Herack:**

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch und bis nächste Woche.

**Sebastian Dullien:**

Ja, bis nächste Woche, Marco. Frohe Ostern.

**Marco Herack:**

Frohe Ostern. Tschüss.